

## **Manifest gegen Jugendkriminalität und für Gewaltprävention**

Die JFDP Aargau erhebt mit diesem Manifest ihre Stimme gegen die grassierende Jugendkriminalität. Die verübten Gewalttaten werden immer brutaler, der Tod oder die bleibende Schädigung der Opfer wird häufig in Kauf genommen. Dies darf gesellschaftlich und politisch nicht toleriert werden! Diese Verbrechen zeugen von einer eklatanten Menschenverachtung und von der Missachtung jeglicher gesellschaftlicher Normen.

Dem Problem muss ganzheitlich entgegengetreten werden. Die Jungfreisinnigen fordern unter anderem die Täter rascher zu verurteilen, härter zu bestrafen und die Opfer besser zu schützen.

### **Die JFDP Aargau fordert präventive Massnahmen:**

#### **Jugendarbeit**

Gemeinden und Schulen sind um einen adäquaten Einsatz von Jugendarbeit und Schulpsychologischem Dienst besorgt. Da diese regelmässig Kontakt zu den Jugendlichen haben, lassen sich Fehlentwicklungen erkennen und Straftaten vorbeugen.

#### **Freizeitgestaltung**

Langeweile kann zu Gewaltausübung oder Alkohol- und Drogenkonsum führen. Dabei gibt es unzählige sinnvolle Freizeitbeschäftigungen. Vereine klagen vermehrt über Mitgliederschwund, würden aber Strukturen bieten und zu produktivem Verhalten anspornen. Eltern und Jugendarbeiter sind in der Pflicht, Jugendlichen den Zugang zu ermöglichen.

#### **Schulausschlüssen vorbeugen**

Bei verhaltensauffälligen Jugendlichen muss tiefgründig Ursachenforschung betrieben werden, dazu sind neben dem Schulpsychologischen Dienst obligatorisch auch die Eltern miteinzubeziehen.

### **Die JFDP Aargau fordert duale Massnahmen:**

#### **Grössere Polizeipräsenz durch richtige Prioritätensetzung**

Die personellen Mittel der Polizei reichen nicht aus, gleichzeitig Parkbussen zu verteilen und Gewaltübergriffen vorzubeugen. Die Priorität muss aber klar bei letzterem liegen. Denn die Präsenz in den Innenstädten und den Quartieren beugt Verbrechen vor, sollte aber doch etwas passieren, kann schneller eingegriffen werden.

## **Schnellere Erledigung von Gewaltdelikten**

Gewaltdelikte müssen einerseits schneller aufgeklärt werden, dazu wird mehr Kriminalpolizei benötigt, und andererseits müssen die Gerichte schneller zu einem Urteil kommen. Gerade bei Jugendlichen ist es wichtig, dass sie sofort die Quittung für ihre Straftat erhalten, denn Jahre danach können sich die Lebensumstände bereits grundlegend geändert haben.

## **Elterliche Mithaft**

Die Eltern haben in erster Linie die Verantwortung für ihre Kinder, sie müssen sich für sie interessieren, sich mit ihnen beschäftigen und sie erziehen. Damit wäre die meiste Präventionsarbeit schon vorgenommen. Elternabende an den Schulen müssen obligatorisch erklärt werden. Eltern von straffälligen Jugendlichen, die ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen, sind mit Bussen oder gemeinnütziger Arbeit zu bestrafen.

## **Die JFDP Aargau fordert repressive Massnahmen:**

### **Opferschutz vor Täterschutz**

Betreiber von Unterhaltungslokalen müssen über Personalien von Gewalttätern in Kenntnis gesetzt werden können. Die private Initiative „SaferClubbing“ muss von den Behörden unterstützt werden. Eine Schwarze Liste kann unter Mitwirkung aller Beteiligten erstellt werden, dazu sind mit Rekursmöglichkeit offen zugängliche Kriterien zu setzen und Angaben zu machen, wie lange das Eintrittsverbot in die Unterhaltungslokale gilt.

### **Raschere Schulausschlüsse**

Schulausschlüsse sollten wenn immer möglich vermieden werden. Stört eine Schülerin oder ein Schüler mit ihrem/seinem Verhalten aber den Unterricht massiv und verstösst wiederholt gegen die Schulordnung, soll sie/er unverzüglich vom Schulbesuch ausgeschlossen und Time-Out-Klassen oder Arbeitsprogrammen zugewiesen werden können. Elterliche Rekurse sollen keine aufschiebende Wirkung mehr haben.

### **Neues Ausländergesetz konsequent anwenden**

Gewaltverbrecher sind nicht mit Samthandschuhen anzufassen. Die Behörden müssen die Möglichkeiten zum Entzug der Aufenthaltsbewilligung im neuen Ausländergesetz konsequent anwenden. Es braucht keine neuen Gesetze, sondern die bestehenden müssen einfach nur angewendet werden.

### **Keine Tolerierung des Koma-Saufens**

Übermässiger Alkoholkonsum kann zu unbedachten Handlungen anregen. Alkoholabgabe an Minderjährige zu bestrafen ist eine Massnahme, genauso sollte aber auch der Konsum und die Weitergabe bestraft werden. Dem sinnlosen „Sport“ des Koma-Saufens könnte am besten entgegengetreten werden, wenn die Kosten der Notaufnahme nicht mehr einfach durch die Krankenkasse bezahlt würden. Wer wegen diesem vorsätzlich unsinnigen Verhalten behandelt werden muss, soll gefälligst die Kosten selber tragen.

### **Weitere Auskünfte**

- Norbert Stichert, Präsident (079 261 19 24)
- Jeanine Glarner, Vize-Präsidentin (079 279 79 51)
- Michel Meyer, Medienverantwortlicher (076 405 28 68)